CDU

Haushaltsplanberatungen 2008

CDU – Fraktion Holzwickede

Beratungen des Haushaltsplanes 2008
Ergebnisse der CDU-Fraktion

Haushaltslage

Der am 06.12.2007 in den Rat eingebrachte Entwurf der Haushaltssatzung der Gemeinde Holzwickede schließt im Ergebnisplan mit 28,358 Mio. € Erträge und 29,465 Mio. € Aufwendungen. Die Verringerung der Ausgleichsrücklage zum Ausgleich des Ergebnisplanes wird auf 2,836 Mio. € festgesetzt. Mit diesem Negativsaldo schließt das Jahresergebnis ab. Bis 2010 reicht die Ausgleichsrücklage zur Deckung des Jahresfehlergebnisses, ab 2011 muss die Allgemeine Rücklage angegriffen werden.

Investitionstätigkeiten der Gemeinde werden damit auch beim doppischen Haushalt gleichen Sparzwängen unterliegen wie beim kameralen Haushalt. Der Haushalt kann nicht an kleinen Einsparungen gesunden, sondern bedarf hinsichtlich der Aufwendungen der Streckung. Alles, was dem Wohle der Bürger, insbesondere aber der Kinder, dient, steht bei Sparmaßnahmen außer Frage. Dazu zählen auch freiwillige Leistungen und Kulturförderaufwendungen, die sogar Ausweitung erfahren können.

Bauliche Unterhaltungsarbeiten können, wenn sie nicht dringend nötig sind, gestreckt werden, um so mit finanziellen Ressourcen den demographischen Entwicklungen und den daraus sich ergebenden Erfordernissen (wie Schulbetrieb, bauliche Tätigkeit für ein Generationenmiteinander, Zentrumsgestaltung und verkehrliche Erschließung) Rechnung zu tragen.

Kanalbaumaßnahmen

Das Investitionsprogramm Abwasserbeseitigung 2008 bis 2010 sieht Investitionen für 2008 in Höhe von 1.270 T € zzgl. Unterhaltungsaufwand und Grabenprojekte vor. Wenn bei Investitionen einzusparen ist, dann ließen sich Maßnahmen strecken und auf Folgejahre verteilen. Der Kanalbaumaßnahme an der Montanhydraulikstraße in Höhe von 500 T € sowie der offenen Regenwasserleitung von der Montanhydraulikstraße entlang des Verbindungsweges in Höhe von 50 T € wird zugestimmt.

Straßenbaumaßnahmen

Ausbau der Friedrich-Ebert-Straße

Die CDU-Fraktion hat am 30.06.2005 beantragt, die Friedrich-Ebert-Straße mit Rad- und Gehweg im Interesse der Schulwegsicherung unter Beteiligung der nach § 8 KAG betroffenen Anlieger auszubauen. Es wurden 3 Ausbauvarianten erarbeitet und den Bürgern in einer Bürgerinformationsveranstaltung vorgestellt. Ein eindeutiges Votum für eine dieser Varianten blieb aus, insbesondere wegen der Abgabe nach § 8 KAG in Höhe von 4,50 € je „Anlieger-m²". Die CDU hat sich für eine Lösung im Interesse der beitragszahlenden Anlieger ausgesprochen. Die Ausbaumaßnahme konnte in abgespeckter Form zu einer Aufwendungsverringerung von jetzt 296 T € führen, was den „Anlieger-m²" auf 1,44 € senkt. Im Interesse eines sicheren Schulweges und einer den Anliegern zumutbaren Kommunalabgabe wird die vorgestellte Ausbauvariante begrüßt. Sie ist mit den betroffenen Anliegern der Friedrich-Ebert-Straße abzustimmen. Der Fußweg auf der westlichen Seite ist bis zur Autobahnbrücke fortzuführen.

Verbindungsweg Kurze Straße / Am Spring

Die CDU-Fraktion hat die Anlegung der fußläufigen Verbindung beantragt. Der Grunderwerb ist zwischenzeitlich erfolgt. Die 350 m lange und 2,50 m breite wassergebundene Ausführung kostet 45 T € und wurde bereits 2007 von der CDU gefordert, jetzt in 2008 zur Realisierung begrüßt. Die Aufwendungen ließen sich noch verringern, wenn der Weg auf 2 m Breite reduziert und die Maßnahme zusammen mit der Friedrich-Ebert-Straße in einer Ausschreibung durchgeführt würde.

Rad- und Gehweg Natorper Straße

Die Aufwendungen mit 70%-iger Förderung wurden 2007 in Höhe von 137.600 € in das Investitionsprogramm 2008 aufgenommen, weil die Wegeanlegung dann zur Ausführung kommt. Dem Ansatz in Höhe von 179 T € minus 164 T € Zuweisung wird zugestimmt.

Ausbau Landwehrstraße

Die CDU-Fraktion stimmt der Ausbaumaßnahme in Höhe von ca. 110 T € zu. Wegen der Abgabe nach § 8 KAG ist Abstimmung mit den Anliegern geboten. Soweit die Beteiligung zumutbar ist, sollte Durchführung erfolgen.

Gehweg Massener Straße - Schenkel bis Buchholzstraße

Im Zuge der Baumaßnahme entlang der Massener Straße des neuen Sportplatzes am Schulzentrum ist im Rahmen der Erschließungsmaßnahme ein Gehweg ab

Kreuzung Opherdicker Straße bis zur Buchholzstr. anzulegen. Die Maßnahme ist in Teilabschnitten auszuführen und in den Finanzplan 2009 (130 T €) zu übernehmen.

Parkplätze

Parkplätze Feme

Wie bereits im Vorjahr begrüßt die CDU-Fraktion die Ansiedlung der dortigen Märkte. Hierfür sind 106 Parkplätze geplant. Bislang waren dort die gemeindlichen Parkplätze untergebracht, die infolge der Umgestaltung der Hauptstraße und Neuregelung der begrenzten Parkzeiten an der Hauptstraße erforderlich waren. Damit war den Geschäftstreibenden des Zentrums die Gelegenheit gegeben worden, durch Ausweichen auf diesen Parkplatz die Parkflächen vor ihren Läden freizuhalten. Da eine Änderung der Situation nicht eingetreten ist, kann auf die kommunalen Parkflächen im Bereich der Feme nicht verzichtet werden. Mit Neugestaltung des Gesamtparkplatzes sind auch 60 gemeindliche Parkplätze auf einer Fläche von 1.800 m² zu 90 T € Baukosten und 10 T € Begrünung zu errichten.

P & R - Anlage

Die Anlage an der Bahnhofstraße fasst nur begrenzte Kapazitäten und ist besonders in den urlaubsintensiven Monaten auch von Flughafendauerparkern belegt. Die CDU-Fraktion lehnt Parkautomaten auf der Anlage ab, sie spricht sich generell gegen jedwede Parkraumbewirtschaftung aus. Es ist gerade gewollt, dass Nutzer der Bahn ihren PKW dort länger abstellen können.

Parkplätze Lokschuppen

Da die Parkflächen an der Bahnhofstraße, die s. Zt. als Ausgleichsparkflächen im Zusammenhang mit den Bauten im Zentrum, insbesondere der Ärztehäuser, ausgewiesen waren, durch Ansiedlung von Unternehmen auf diesen Flächen entfallen sind, werden Bedenken gegen die Anlegung eines Parkplatzes (1.330 m² mit 40 Plätzen für 95 T €) auf dem Lokschuppen-Gelände als Pendant zum gegenüberliegenden Feme-Gelände nicht erhoben. Keinesfalls sind diese Parkplätze als Dauerplätze für Flughafennutzer zu verstehen, entsprechende Vorkehrungen müssen getroffen werden.

P & R – Anlage Stehfenstraße

Die Anlage ist im Zusammenhang mit dem Durchstich zum Bahnhof zu verstehen. Dem Ansatz von 74 T € für Vorbereitung und Planung wird zugestimmt.

Parksituation im Norden

Entlang der nördlich der Autobahn gelegenen Straßen sowie entlang der Nordstraße ist besonderer Parkdruck durch Flughafendauerparker entstanden. Für diese Straßen wurden Regelungen getroffen, die zeitlich begrenztes Parken erlaubt mit Sonderregelung für Anwohner. Dadurch hat ein Verdrängungsprozess in Nebenstraßen stattgefunden, die Zug um Zug in die Parksonderregelung einbezogen wurden. Da der Flughafen weiteren „kostenpflichtigen" Parkraum schafft, ist das Problem nicht behoben. Es ist deshalb zu überlegen, ob das gesamte Holzwickeder Gemeindegebiet nördlich der Bahnlinie zur „No-Park-Area" erklärt wird und für alle Straßen die gleiche Regelung wie für die Nordstraße gilt.

Unterführung

Die CDU-Fraktion hat mit Antrag vom 10.02.2004 gefordert, ab 2004 mit der Renovierung der Unterführung zu beginnen, und zwar mit dem Abtragen des Mauerwerks westlich vor der Unterführung und Abflachung der Böschung entsprechend der Maßnahme auf der östlichen Seite. Damit sollte zumindest im südlichen Teil die Zufahrt zur Unterführung aufgeweitet und freundlich, heller und sauberer sein. Die gleichen Maßnahmen – sind mit demselben Antrag gefordert worden – könnten im Zuge der Entwicklung des Carolinengeländes und der Bahnbrache im Norden sowie an der Brückenkonstruktion und dem Trägerwerk selbst erfolgen. Leider ist der Beschluss zur Umsetzung des CDU-Antrages, dem die anderen Fraktionen erfreulicherweise gefolgt sind, noch nicht umgesetzt worden. Begründet wurde die Aufschiebung mit der beabsichtigten Ansiedlung an der Feme.

Da jetzt die Ansiedlung erfolgt und die Parkplätze errichtet werden, kann mit der Abböschung begonnen werden. Es ist möglich, die Aufweitung auf der westlichen und östlichen Seite stärker als von der östlichen Seite bisher geprägt vorzunehmen, wenn das Brückenträgerwerk vom Süden her freigelegt, stabilisiert und verblendet wird. Die Kosten belaufen sich auf der westlichen Seite auf 175.500 € und bei Angleichung der östlichen Seite auf 117.800 €.

Die Mittel in Höhe von 295 T € für die westliche und östliche Seite sind in den Haushalt 2007 genommen worden. Dem Mittelansatz in Höhe von 268 T € in 2008 für die Umgestaltung wird zugestimmt.

Tunneldurchstich von Stehfenstraße zum Bahnhof

Die Diskussion um die Fußgängerbrücke Caroline brachte in Deutlichkeit hervor, dass die Befürworter eine fußläufige Drei-Achsen-Lösung als Nord-Süd-

Verbindung anstreben, nämlich im Westen die Brücke, in der Mitte die Unterführung und im Osten den Tunneldurchstich. Mit diesem Durchstich wird nicht nur der kürzere Zugang zum Bahnhof vom Norden her, sondern auch infolge der Verbindung zum Durchstich vom Süden her bis zur Bahnhofstraße ermöglicht. Da diese Maßnahme nur mit Fremdmitteln durchgeführt werden kann, setzt sich die CDU-Fraktion weiterhin für die baldige Umsetzung ein, Planungskosten in Höhe von 97,5 T € wird zugestimmt (Gesamtkosten: 1,7 Mio. €).

Umgestaltung Emscherpark

Die CDU-Fraktion hat am 11.02.2001 beantragt, im Zusammenhang mit der Umgestaltung des Emscherparks selbst auch den Marktplatz umzugestalten. Die CDU-Fraktion wollte die Maßnahme nicht auf die Neupflasterung des Marktplatzes reduziert wissen. Die Planungsziele der CDU-Fraktion sind mit der Umgestaltung des Marktplatzes verwirklicht worden. Im Rahmen der Haushaltsgespräche 2006 wurde von den Fraktionen beschlossen, die Umgestaltung des Emscherparks entsprechend der Vorstellung des Architekten, der den Markt und den Park geplant hat, zunächst bis zur Neuanlegung des Emscherverlaufs durch die Emschergenossenschaft zurückzustellen und den Ausführungsbeginn eng mit der Genossenschaft zu koordinieren. Sollte die Genossenschaft in 2007 nicht ihre Maßnahme ausführen, so wurde einstimmig beschlossen, wollte die Gemeinde in jedem Fall den Park entlang der Parkstraße umgestalten. Die Kosten wurden seinerzeit mit 205 T € veranschlagt, von denen 175 T € in den Haushaltsentwurf 2007 eingestellt wurden. Die vom Planer vorgestellte Maßnahme hatte sich um 50 % auf 306 T € verteuert und erfasste zusätzlich noch den Spielplatz mit 244 T €. Die vorgestellten Maßnahmen entsprachen nicht den von der Politik beschlossenen Vorhaben, sondern waren völlig überzogen. Da die Ausführung der Umgestaltung eng mit den Arbeiten der Emschergenossenschaft verzahnt ist, wurden die Mittel in Höhe von 175 T € aus dem Haushaltsentwurf 2007 gestrichen und als Verpflichtungsermächtigung für 2008 205 T € veranschlagt. Unter Nutzung des Förderprogramms ÖPEL sind verbleibende Aufwendungen in Höhe von 83.120 € erforderlich, die im Finanzplan 2009 zu berücksichtigen sind. Ohne Förderung sind ohne Wegeführung am Spielplatz 237.500 € anzusetzen. 244 T € für den Spielplatz sind nicht nötig, da die Herrichtung zwischenzeitlich erfolgt.

Zentrumsumgestaltung

Die CDU-Fraktion hat am 11.02.2001 beantragt, im Zusammenhang mit der Bebauung zum Emscherpark und der Umgestaltung des Parkes selbst auch den Marktplatz umzugestalten. Mit diesem Antrag wurde bezweckt, das Zentrum insgesamt einer Überplanung zu unterziehen.

Dazu hat die CDU-Fraktion am 03.05.2004 ein Positionspapier erstellt und darin denkbare Maßnahmen vorgeschlagen.

Die Planungsziele der CDU-Fraktion fanden sich bezogen auf die Bereiche Attraktivierung des Ortes, die Kantenbildung, Marktplatzgestaltung, Festplatznutzung sowie der Erschließungswege und Verbindung der Quartiere weitestgehend im vorgestellten Rahmenplan des Planungsbüros wieder.

Da die Umgestaltung 1:1 entsprechend der Positionen der CDU ausgeführt wurde, versteht sie sich als Mutter der Ortskernentwicklung. Diese wird sich über den Emscherpark auf die Hauptstraße sowie die weiteren Kernquartiersstraßen erstrecken. Wenn platzartige Aufweitungen von der CDU gefordert waren, so werden die an der Zufahrt zur Feme Wirklichkeit. Die Freilegung der Emscher mit Zuwegung zu den neuen Märkten wird zur Aufwertung der Aufenthaltsqualität beitragen. Die Forderungen der CDU zu weiteren Aufweitungen bleiben bestehen.

Im Norden nördlich der Autobahn, nördlich und südlich der Bahnlinie ist durch Umwandlung von Industriebrachen (Autoverwertung, Bahnbrache, Caroline, Feme) pulsierendes Geschäftsleben und Quartier mit Wohnqualität entstanden. Nach Umgestaltung des Marktplatzes und Emscherparkes darf mit der Ortskernsanierung nicht Schluss gemacht werden. In einem ersten Schritt ist die Hauptstraße, ggf. auch die Nordstraße ab Kernbeginn aufzuwerten. Die Hausfassaden sind zum Teil sehr ansprechend, andere könnten Erneuerung erfahren. Andere Kommunen fördern dies durch Fassadenwettbewerbe, so auch zuletzt unsere Kreisstadt Unna. Dies führt aber nur dazu, dass wenige in den Wettbewerb treten und die künstlerische Gestaltung im Vordergrund steht, für die beste künstlerische Gestaltung Preise ausgelobt werden.

Das Ziel einer Fassadenerneuerung entlang unserer Hauptgeschäftsstraße dient in erster Linie nicht künstlerischen Zwecken, sondern der Aufwertung dieser Straße als Kernstraße mit Aufenthalts- und Einkaufsqualität. Deshalb wird die Förderung der Fassadenerneuerung derart vorgeschlagen, dass

- Eigentümer ihre Fassaden nach eigenen Vorstellungen auf eigene Kosten renovieren,
- die Gemeinde Holzwickede die Kosten des Gerüstes übernimmt,
- die Gemeinde Holzwickede auf Gebühren für das Aufstellen des Gerüstes auf Bürgersteigen verzichtet bzw. sie trägt.
- Die Aktion sollte über 3 Jahre laufen und dafür entsprechende Mittel in den Haushalt eingestellt werden, erstmals für 2008 = 20 T €.

Öffentliche Spielplätze, Bolzplätze

Die CDU-Fraktion befürwortet den Mittelansatz für die Umgestaltung öffentlicher Spielplätze in Höhe von 45 T € einschließlich der Anlegung eines neuen Spielplatzes an der Villa Pfiffikus sowie 16 T € für Bolzplätze, insbesondere der Herrichtung der Plätze an der Rausingerhalle und der Schubertstraße.

Rausingerhalle

Für die Erweiterung und Erneuerung der Rausingerhalle hat die Verwaltung mit einem Entwurf eine Umgestaltung aufgezeigt, die 850 T € erfordert hätte. Darin waren neben Anbau auch Neugestaltungen des Innenbereichs inkl. der Bühne vorgesehen. Dass ein neuer Anstrich nötig ist und die Küche, Theke und Toilettenanlage sanierungsbedürftig ist, wird anerkannt. Das Sanierungskonzept wird von den Fraktionen gemeinsam erarbeitet und auf das notwendige Maß begrenzt. Dies gilt sowohl für den Lager-, Theken-, Küchen- und Sanitärbereich. Den erforderlichen Mitteln wird zugestimmt. Im ersten Bauabschnitt wird der Küchen- und Bewirtungsbereich inkl. neuer Einrichtung saniert (70 T €). Baumaßnahmen, die eine Verkleinerung der Hallenfläche beinhalten, werden abgelehnt.

Wasserversorgung am Markt

Der Standort der Wasserversorgung in der Gemeindemitte wird überdacht. Mit Wegzug würde eine anderweitige Nutzung von Gebäudeteilen des alten Feuerwehrgerätehauses zur Diskussion stehen. Mit Antrag vom 20.02.2006 hat die CDU-Fraktion beantragt, im dortigen Bereich eine Toilettenanlage in Betrieb zu nehmen, die Räumlichkeiten würden sich dafür anbieten. Zwar würde das Marktplatzambiente durch ein Eiscafé oder ein Bistro abgerundet, hier sollte aber engste Abstimmung mit dem Restaurantbetreiber im Rathaus erfolgen und Umsetzung nur in einem zurzeit nicht bedienten Marktsegment erfolgen.

Sportstätten

Am Flachdach des Sportheimes Opherdicke ist Sanierung geboten. Ob Solartechnik zum Einsatz kommt, sollte im Zuge des Umwelt- / Energiemanagements überprüft werden.

Allen übrigen Unterhaltungsarbeiten an Sportstätten in Höhe von 85 T € wird zugestimmt.

Demographische Entwicklung

Bereits zum Haushalt 2007 hat die CDU-Fraktion auf Auswirkungen hingewiesen. Nach dem Stand von 2006 haben 17.558 Einwohner ihren Erstwohnsitz in Holzwickede. Die rückläufige Bevölkerungsentwicklung (Todesfälle und Wegzüge mehr als Geburten und Zuzüge) wird auch durch das Baugebiet „Neue Caroline“ nicht aufgehalten. Bis 2015 wird Holzwickede auf 17.065 und 2024 auf 16.224 Einwohner schrumpfen. In den nächsten 17 Jahren wird die Einwohnerzahl also um rd. 1.300 sinken. Dies hat Auswirkungen auf die gesamte Infrastruktur des Ortes.

Die demographische Entwicklung gebietet es, dass dem Einwohnerrückgang durch Ansiedlung begegnet wird. Das führt nicht zum Anwachsen ggü. der heutigen Einwohnerzahl, sondern dient vielmehr der Aufrechterhaltung der vorhandenen Infrastruktur. In allen umliegenden Kommunen einschließlich der angrenzenden Städte Dortmund, Unna, Fröndenberg und Schwerte ist die gleiche Entwicklung zu beobachten. Alle umwerben ansiedlungswillige Familien, um dem Trend zu begegnen. Sich auszuklammern und das Feld den Nachbarkommunen zu überlassen, bedeutet offenen Auges in die Problematik des Einwohnerverlustes zu laufen.

Ansiedlung und Ausweisung von Baugebieten bedeutet nicht automatisch Umwandlung von Grünfläche in Bauland. Die Holzwickeder Politik zur Umwandlung von

- Industriebrachen
- Zechenbrache
- Bahnbrache
- Kasernengelände

in Bauland ist richtig. Damit wird einerseits der Ort aufgewertet und andererseits dem Einwohnerschwund begegnet.

Bauland kann jedoch nur ausgewiesen werden, wenn die verkehrliche Erschließung sichergestellt ist. Deshalb schließt die CDU-Fraktion die Aufstellung eines Bebauungsplanes auf dem RWE-Gelände entlang der Hauptstraße aus.

Emscherkaserne

In Anbetracht der Einwohnerentwicklung in Holzwickede hat sich die CDU-Fraktion Ende 2006 damit befasst, wie im Interesse der Aufrechterhaltung der Infrastruktur dieser Entwicklung gegengesteuert werden kann. Da für die CDU Holzwickede Förderung junger Familien oberstes Gebot ist, wurde am

20.11.2006 ein Positionspapier zur Besiedlung der Emscherkaserne erarbeitet, das die Bereitstellung preiswerter familiengerechter Grundstücke vorsieht. Dieses Papier wurde am 14.02.2007 in die Haushaltsberatung 2007 eingebracht.

Mit der *gebb* (Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb mbH) als Vermarkter der Bundeswehrimmobilie wurde vereinbart, bis zur 20. Kalenderwoche 2008 die Ziele für die Umnutzung des Geländes zu entwickeln. Das Gelände ist heute geprägt von Kasernenblocks, Versorgungsgebäuden und Hallen sowie Sportanlagen, Exerzierplatz und sehr großen Grünanteilen. Komplette Umwandlung in Bauparzellen scheidet für die CDU-Fraktion aus. Möglichst große Teile des Grüns sollten erhalten bleiben, Bebauung stellt sich die Fraktion auf den heute bebauten bzw. versiegelten Flächen vor. Es ist in Verhandlungen mit der *gebb* auf möglichst großen Erhalt der Grünanteile einschließlich der Sportflächen Wert zu legen. Außerdem ist ein Infrastrukturausgleich zu leisten.

Schulen

An Bildung und Bildungseinrichtungen haben wir in Holzwickede nie gespart. Jede Investition für unsere Schulen ist eine gute Investition. Deshalb begrüßt die CDU den Mittelansatz für

- die offene Ganztagsgrundschule an der Paul-Gerhardt-Schule,
- die Fassadensanierung an der Paul-Gerhardt-Schule,
- die Umgestaltung des Schulhofes der Nordschule in Höhe von 150 T €,
- die Verglasung der Toilettenanlage an der Nordschule in Höhe von 35 T €,
- die Sanierung der Südfenster der Hauptschule in Höhe von 160 T €,
- Unterhaltungsmaßnahmen an den Grundschulen in Höhe von 120 T €,
- Unterhaltungsmaßnahmen an der Hauptschule in Höhe von 150 T €,
- Unterhaltungsmaßnahmen am Gymnasium in Höhe von 75 T €.

Warme Mahlzeit an Schulen

Mit der Einführung des Ganztagsbetriebes an der Hauptschule wird auch ein Mittagstisch für Schüler einzuführen sein. Bedarf hierfür ist auch am Gymnasium, zumal durch Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur auf 12 Jahre täglicher Unterricht über 8 bis 9 Stunden absehbar ist. In diesem Zusammenhang ist auch zu lösen, dass nicht allen Kindern von ihren Eltern täglich eine warme Mahlzeit geboten wird. Das soziale Umfeld, die finanzielle Ausstattung der Familien wie aber auch den Kindern vorenthaltene soziale Leistungen unserer Gesellschaft führen zu dem Bedarf. Das Landesprojekt „Kein Kind ohne Mahlzeit“ wird in offenen Ganztagsgrundschulen bereits umgesetzt. Die CDU

wünscht die Umsetzung für alle Kinder, nicht nur für bedürftige Kinder. Doppelte Sozialleistungen sind auszuschließen.

Aula mit Mensa

Mit Anlegung des neuen Sportplatzes am Schulzentrum mit neuer Umkleide war auch in einem späteren Schritt an die Errichtung einer Aula gedacht, gegenwärtiger Bedarf jedoch nicht gesehen. Die Aula sollte nicht nur schulischen Zwecken dienen, sondern auch für kulturelle und gemeindliche Veranstaltungen zur Verfügung stehen. Die Notwendigkeit einer solchen Räumlichkeit ergibt sich jetzt aus der Über-Mittag-Betreuung mit Mittagstisch für Schüler. Da gleichzeitig mehrere hundert Schüler verköstigt werden müssen, ist hierfür eine Mensa zu schaffen. Deshalb ist der Bau der Aula mit Mensa vorzuziehen und mit der Planung baldmöglichst zu beginnen.

Schulsituation

Die Schullandschaft ist in Bewegung, die demographische Entwicklung wie auch die Wahl der Schulen tragen dazu bei, dass Antworten auf das Schulangebot vor Ort gefunden werden müssen. Die vom Schulentwickler empfohlene Verbundschule aus Hauptschule und Realschule hat durch Veto Unnas nicht umgesetzt werden können. Die CDU-Fraktion hält am dreigliedrigen Schulsystem fest, Experimente auf dem Rücken der Schüler werden ausgeschlossen. Die Fragen nach der Entwicklung des Schulsystems werden nicht in den Kommunen entschieden, sondern sind Ländersache.

Vor diesem Hintergrund gilt es, unsere Hauptschule vor Ort, die hervorragende Arbeit leistet, zu stärken und jedwede Diskussion um ihren Fortbestand zu unterlassen. Zur Förderung dient insbesondere die Einrichtung des erweiterten Ganztagsbetriebs ab dem Schuljahr 2008 / 2009 im Rahmen der von der Landesregierung initiierten Qualitätsoffensive Hauptschule.

In Anlehnung an die Einrichtung der Theodor-Litt-Hauptschule als Sekundarschule / Gemeinschaftshauptschule ab dem Schuljahr 2008 / 2009 in Bonn werden Überlegungen in Holzwickede angestellt, ob derartiges nicht auch für uns in Frage käme. Hierzu erklärt die CDU:

- Auch als Sekundarschule bleibt die Schule eine Hauptschule, auf den Namen wird nicht verzichtet.
- Die Schule kann keine Schule für alle Kinder sein, egal welche Empfehlung die Grundschule ihnen gegeben hat. Der Empfehlung ist Rechnung zu tragen.

- Dass bis einschließlich der 8. Klasse kein Sitzen bleiben möglich sein soll, erinnert stark an die Gesamtschule und wird abgelehnt.
- Dass erst ab Klasse 9 die Schüler in einzelnen Fächern differenziert im Hinblick auf die am Ende der Klasse 10 zu vergebenen Abschlüsse unterrichtet werden sollen, ist ein Rückschritt, da dies in der Hauptschule bereits ab Klasse 7 erfolgt.
- Die zweite Fremdsprache ab der 5. Klasse könnte Französisch sein.

Nach alledem könnte eine Aufwertung unserer Hauptschule durch ein verbessertes Schulangebot erfolgen, Umbenennung in Sekundarschule mit weniger differenziertem Lehrangebot und Elementen der Gesamtschule wird abgelehnt.

Umwelt- / Energiemanagement

Da sich das Bewusstsein um dieses Feld ausgeprägt hat, weitet sich damit auch der Aufgabenbereich für die kommunalen Liegenschaften aus. Dazu können wir uns professioneller Hilfe der RWE bedienen. Dieses Feld ist auf jeden Fall zu bewirtschaften und in Form von Energieberichten Rechenschaft zu legen. Aber nicht jede Maßnahme, die zwar umweltfreundlich ist, ist auch gleichzeitig wirtschaftlich. Dazu dienen Energieprognosen und –berichte, um ihre Wirtschaftlichkeit zu belegen. Unter dieser Bedingung wird die Politik die schrittweise Umsetzung positiv begleiten.

Windeltonne

Der Antrag der Kolpingsfamilie auf Einführung einer Windeltonne wurde zurückgestellt und in die Klausuren verwiesen. Der Ansatz von 23 T € schien nicht angemessen zu sein. Der Bedarf für eine separate Entsorgung wird anerkannt, dies sollte jedoch nicht über die 14-tägige Entsorgung, selbst wenn diese gesondert wäre, durchgeführt werden, weil der Entsorgungsrhythmus besonders in den Sommermonaten zu lang wäre. Deshalb könnten wir uns eine zentrale Sammelstelle vorstellen, der Wertstoffhof bietet sich an.

Baumschutzsatzung

Die CDU hat wiederholt die Baumschutzsatzung in Holzwickede in Frage gestellt, Sie hat sich gegen Bürgergängelung ausgesprochen und auf verantwortungsvollen Umgang mit der Natur durch den Bürger gesetzt. Die CDU spricht dies dem Bürger nicht ab. Gleichwohl ist es geboten, dass sich die Kommune für ihren gemeindlichen eigenen Baumbestand Regeln setzt, dazu ist die Baumschutzsatzung hilfreich. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass der Bürger

verantwortungsbewusst mit seinem Baumbestand umgegangen ist. Begehren hat er sich häufig durch langen Streit erkämpfen müssen. Die Gründe, warum Bäume auf seinem eigenen Grund gefällt werden mussten, waren vielseitig. Umso weniger versteht es der Bürger, wenn auf staatlichen Liegenschaften nicht die gleichen Maßstäbe angewendet werden wie vom Bürger gefordert.

Vor einem Jahr hat der Kyrill manches Fällbegehren erledigt. Die jetzige Aktion entlang der Autobahn in Richtung Dortmund und Kassel an den Auf- und Abfahrten zeigt wieder einmal, dass unsere Baumschutzsatzung überflüssig ist. Für die dortige Fällaktion gibt es bestimmt eine Rechtfertigung, und eine solche möchten wir unseren Holzwickeder Bürgern nicht absprechen. Nach wie vor werden wir uns immer wieder für die Abschaffung einsetzen, bis auch die anderen politischen Kräfte diese Einsicht gewonnen haben.

Bürgerservice

Aufgabe unserer Verwaltung ist es, das Gemeinwohl zu regeln und seine Umsetzung zu organisieren, zu strukturieren und dabei dem Bürger zu dienen. Die Verwaltung macht auch einen Umdenkprozess mit, weg von der bürokratischen Amtsverwaltung zum modernen Dienstleister. Als solcher hat er sich den Anforderungen des Marktes zu stellen. Sprechzeiten, Öffnungszeiten, Vorladungen, Behördengänge und Anträge mit Stempel sollten der Vergangenheit angehören. Soziale Einrichtungen haben sich darauf eingestellt und bieten ihren Betreuten derartige Hilfsdienste in Form von Begleitservice zu Behördengängen usw. an. Die CDU-Fraktion sieht nicht zuletzt durch den demographischen Wandel unserer Gesellschaft einen zusätzlichen Handlungsbedarf für ein noch bürgerfreundlicheres Holzwickede. Ein mobiler Bürgerservice wäre ein weiterer Beitrag hierzu. Kommunale Dienstleistungen könnten bei Bedarf auch über Hausbesuche angeboten werden.

Er richtet sich vornehmlich an Bürgerinnen und Bürger, die aus gesundheitlichen oder Altersgründen keine Möglichkeit haben, das Rathaus aufzusuchen. Darüber hinaus könnte der Service aber auch für Familien interessant sein, die bspw. für die Zeit eines notwenigen Amtsbesuches keine kurzfristige Kinderbetreuung organisieren können. Solche Dienstleistungen werden zum Teil bereits von Banken angeboten, Geldbringdienste – allerdings gegen Gebühr – sind im Gespräch. Bei Apotheken gehören kostenlose Auslieferungen nicht sofort verfügbarer Medikamente zum Kundendienst. Solch ein Kundendienst ist auch für die Holzwickeder Verwaltung wünschenswert, und zwar für den Bürger kostenlos. Erbracht werden könnte die Dienstleistung von jedem Verwaltungsmitarbeiter. Wenn es nämlich um Anliegen der Verwaltung geht, ist auch kein Weg zu lang. Die Einrichtung eines solchen Services ist auch in Dortmund, Hamm, Münster, Unna, Werl usw. im Gespräch bzw. bereits umgesetzt. Wir

sind aber keine städtische Einrichtung, die dafür extra Personalbedarf hat, sondern eine kleine Gemeinde mit überschaubarem Bedarf an solchen Dienstleistungen. Deshalb sind keine Aufwendungen anzusetzen. Ein derartiger Bürgerservice würde dem Ruf der Gemeinde Holzwickede, eine bürgerfreundliche Gemeinde zu sein, gerecht. Im Übrigen ist auch kein Weg zu lang, den beeinträchtigten Wahlbürger zur Wahlurne zu fahren. Jetzt können wir dem Bürger etwas geben, tun wir es.

Alle in der vorstehenden Stellungnahme der CDU-Fraktion zum Haushalt 2008 aufgestellten Forderungen werden zu Anträgen erhoben.

Im Übrigen wird dem vorgelegten Haushalt 2008 zugestimmt. Wir hoffen, dass die Eröffnungsbilanz unsere soliden finanziellen Planungen nicht gefährden wird.

Die Stellungnahme wird unter www.cdu-holzwickede.de ins Internet gestellt.

Holzwickede, den 25.02.2008

Rolf Kersting
Fraktionsvorsitzender